

Wahlprüfstein des Landesverbandes Baden-Württemberg des Deutschen Bibliothekverbandes (dbv)



Wahlprüfstein 1 – Gestaltung einer zukunftsfähigen Bibliothekslandschaft im digitalen Zeitalter

Fragen: Inwieweit wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass bestehende Förderprogramme z.B. der Digitalisierung oder der Förderung des ländlichen Raumes geöffnet werden oder Bibliotheken in Digitalisierungsstrategien des Landes einbezogen werden?

Inwieweit wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass eigene bibliotheksspezifische Förderprogramme zur Herstellung einer qualitativ hochwertigen Bibliothekversorgung geschaffen und dauerhaft etabliert werden?

Wie will ihre Partei insgesamt die Rahmenbedingungen für öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken verbessern?

Antworten DIE LINKE: Die Förderung der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken ist der Partei DIE LINKE ein wichtiges Anliegen. Besser ausgestattete öffentliche Bibliotheken, Schulbibliotheken sowie Hochschulbibliotheken leisten einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung von kultureller Bildung sowie von Medien- und Informationskompetenz. Seit Jahren kritisieren wir die Unterfinanzierung des Öffentlichen sowie der Bildung. Von dieser Grundsatzposition ausgehend sehen wir natürlich auch die mangelhaften derzeitigen Rahmenbedingungen der Bibliotheken kritisch. Sie werden weder den allgemeinen Aufgaben der Bibliotheken noch den Herausforderungen, denen diese sich die Bibliotheken in einer wandelnden Zeit ausgesetzt sehen, gerecht. Um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Baden-Württemberg zu schaffen, müssen auch kleinere Bibliotheken erhalten werden. Unser Ziel ist allgemein eine längerfristig angelegte und nachhaltige Entwicklung. Wir wollen die öffentlichen Bibliotheken weiter gestärkt sehen.

Damit digitale Angebote von Bibliotheken, auch in einer angemessenen Zeit von Nutzer*innen von Bibliotheken abgerufen werden können, muss die Breitbandinternet-Versorgung im ländlichen Raum verbessert werden. Die Digitalisierung unserer Bibliotheken muss insofern in eine allgemeine Digitalisierungsstrategie eingebettet sein. Wir wollen eine Digitalisierungsoffensive für die öffentlichen Bibliotheken finanziert durch das Land und die Kommunen zu gleichen Teilen. Die Förderung muss im Zusammenspiel mit den kommunalen Trägern geschehen.

Wahlprüfstein 2 – Flächendeckende Bibliotheksversorgung

Fragen: Inwieweit wird sich ihre Partei einsetzen, um durch die Neuerrichtung oder den Ausbau von Bibliotheken Versorgungslücken zu schließen und allen Bürger*innen gleichwertige Bildungschancen und Lebensverhältnisse zu ermöglichen?

Welche landespolitischen Maßnahmen schlagen Sie dafür vor?

Antworten von DIE LINKE: Bibliotheken müssen allen kostenfrei zugänglich sein. DIE LINKE steht für den Erhalt von Bibliotheken sowie die Schaffung auch neuer Bibliotheksstandorte, wo eine Bibliotheksversorgung in ländlichen Gegenden nicht (länger) gegeben ist. Um eine flächendeckende Bibliotheksversorgung zu gewährleisten braucht es einen Bibliotheksentwicklungsplan, der Versorgungslücken identifiziert und konkrete Pläne für die Schaffung neuer Bibliotheken entwirft.

All dies ist auf verlässlicher Basis nur möglich, indem die Finanznot der Kommunen politisch behoben wird. Die Finanznot der Kommunen ist aber kein Naturgesetz, sondern vielmehr hat das Land und insbesondere der Bund die Kommunen seit vielen Jahren finanziell ausbluten lassen. Wir setzen uns für höhere Steuern für Reiche und insbesondere Konzerne und Superreiche ein, die auch den Kommunen zugutekommen müssen. Auch wollen wir eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs, der insbesondere strukturschwachen Regionen zugutekommt. So werden Bedingungen geschaffen, um flächendeckend eine angemessene Bezahlung in Baden-Württemberg zu ermöglichen.

Wahlprüfstein 3 – Gestaltung des digitalen Wandels in Forschung und Lehre

Fragen: Inwieweit unterstützt ihre Partei die Gestaltung des digitalen Wandels durch die wissenschaftlichen Bibliotheken mit der dauerhaften Finanzierung kooperativer Unternehmungen und der Verstetigung von einschlägigen Förderprogrammen?

Antworten von DIE LINKE: Auskömmliche Grundfinanzierung statt zeitlich befristete Förderprogramme ist eine wichtige Leitlinie für die Politik der Partei DIE LINKE. Die Verstetigung von Förderprogrammen und die dauerhafte Finanzierung kooperativer Unternehmungen unterstützt daher DIE LINKE. Die Digitalisierung bietet das Potential durch die Zusammenarbeit Angebote einer ganz neuen Qualität zu schaffen. Die notwendigen Ressourcen hierfür sollten bereitgestellt werden.

Wahlprüfstein 4: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die öffentlichen Bibliotheken

Fragen: Welchen Maßnahmen schlagen Sie vor, damit öffentliche Bibliotheken zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen angemessen reagieren können?

Antworten von DIE LINKE: Digitalisierung ist hier eindeutig ein wichtiges Stichwort und die Bibliotheken leisten hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereit großartiges. Wo Corona zu einem erhöhten Personalaufkommen führt, müssen neue Stellen geschaffen werden. Wo zu erwarten ist, dass dieses Personalaufkommen nach der Pandemie wieder rückläufig ist, also ein entsprechender Sachgrund für die zeitliche Begrenzung vorliegt, können diese befristet ausgeschrieben werden. Lieferungen sind in Zeiten expandierenden Bücherversandhandels ein durch Leser*innen erwarteter Service, für den die Bibliotheken ausgestattet sein müssen. Arbeitssuchende gibt es hierzu genug – schließlich haben viele in der Pandemie leider ihren Job verloren. Die notwendigen Finanzmittel hierfür sind von Seiten des Bundes und des Landes Baden-Württemberg anzubieten.

Wahlprüfstein 5: Stärkung der die Bibliotheken begleitenden Strukturen

Inwiefern wird sich ihre Partei für die Stärkung der Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen einsetzen?

Wie steht ihre Partei des zur Ausstattung des baden-württembergischen Bibliotheksverbandes mit hauptamtlichen Strukturen nach dem Auslaufen der erstmaligen Zuwendung? Welche Finanzierungswege sehen Sie hier?

Antwort DIE LINKE: Eine Stärkung von Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen halten wir für eine sinnvolle Maßnahme. Sie ist notwendig für die erfolgreiche Aufstellung eines

Bibliotheksentwicklungsplan und um die Bibliotheken die notwendige fachliche Unterstützung in einer sich wandelnden Zeit zukommen zu lassen.

Zur Frage der Schaffung hauptamtlicher Strukturen für den Baden-Württembergischen Bibliotheksverband können wir festhalten, dass anspruchsvolle Aufgaben natürlich auch hauptamtliche Strukturen benötigen. Diese sollten – sofern Aufgaben dauerhaft bestehen – auch immer als Dauerstellen ausgestaltet werden. Generell kritisiert DIE LINKE das massiv ausgeuferte Befristungswesen in vielen Bereichen des Erwerbslebens. Der konkrete Personalbedarf für Baden-Württembergischen dbv müsste gemeinsam mit Expert*innen, d.h. auch mit dem Baden-Württembergischen Bibliotheksverband erst noch ermittelt werden. Bei einem Verband, der sich der Bedarfe öffentlicher und wissenschaftliche Bibliotheken annimmt, erachten wir eine Stellenfinanzierung aus öffentlichen Mitteln für angemessen.

Wahlprüfstein 6 – Bibliotheken in Baden-Württemberg brauchen mehr rechtliche Absicherung

Frage: Wie steht ihre Partei zu einem Bibliotheksgesetz für Baden-Württemberg?

Antwort DIE LINKE: Auch nach mehr als 13 Jahren sind die Empfehlungen, die 2007 von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ u.a. über ein Bibliotheksgesetz vorgelegt wurden, leider immer noch nicht in Baden-Württemberg umgesetzt. Als DIE LINKE engagieren wir uns insgesamt für Landesbibliotheksgesetze, in denen der Unterhalt von Bibliotheken und deren Finanzierung verpflichtend festgeschrieben werden. Ein derartiges Gesetz braucht es auch in Baden-Württemberg.

Ein Bibliotheksgesetz bedarf ergänzend einer Bibliotheksentwicklungskonzeption, die Qualitätsstandards benennt und Aussagen über Strukturen und Standorte trifft und somit verbindliche Planungssicherheit für öffentliche Bibliotheken schafft. Zudem muss ein Bibliotheksentwicklungsplan für Baden-Württemberg erarbeitet werden wie er auch schon für andere Bundesländer vorliegt.

Neben diesen landesweiten Maßnahmen unterstützen wir als DIE LINKE die Forderung nach einem Bibliotheksrahmengesetz auf Bundesebene. Ein derartiges Gesetz müsste den Unterhalt öffentlicher Bibliotheken zur Pflichtaufgabe erklären und allgemeine Mindeststandards für die Ausstattung der Bibliotheken festschreiben.

DIE LINKE setzt sich zudem für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes im Bildungs- und Kulturbereich ein, um so alleinige Finanzierungen des Bundes oder gemeinsame Finanzierungen des Bundes und der Länder in diesen Bereichen zu ermöglichen. Die bisherige Beschränkung der Bundesförderung auf Fälle „von überregionaler Bedeutung“ hat sich als außerordentlich hinderlich erwiesen. Stattdessen wollen wir eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung und Wissenschaft sowie eine Gemeinschaftsaufgabe Kultur im Artikel 91b des Grundgesetzes verankern. Damit können integrierte Politikansätze in der Kultur- und Bildungspolitik auf eine rechtlich sichere Basis gestellt werden.